

## EINWOHNERRAT

### PROTOKOLL

der 19. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

---

Sitzungsdatum: 26. April 2006  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Christoph Morat, 1. Vize-Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin  
Roman Meury  
Robert Vogt  
Heinz Giger  
Arnold Julier  
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter  
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)  
Daniel Siegrist, HAL Soziale Dienste

Gäste:  
Entschuldigt: Iris Zihlmann-Glanzmann  
Dr. Anton Lauber, Präsident  
Werner Schwarz  
Rolf Glatz

Abwesend:

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Vergleich der Sozialausgaben unter Baselbieter Gemeinden  
Vorstellung der Ergebnisse des Kennzahlenvergleichs  
durch das Departement Soziale Dienste  
Referent: Daniel Siegrist, Hauptabteilungsleiter Soziale Dienste
2. Bericht des Gemeinderates vom 29.03.2006 betreffend  
Ersatzwahl eines Mitglieds des Schulrates für die  
Sekundarschule Allschwil für die zurückgetretene Heidi Brügger Geschäft 3657

3. Bericht des Gemeinderates vom 29.03.2006 betreffend  
Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros  
für den zurückgetretenen Rudolf Gugger, FDP Geschäft 3658
  
4. Bericht des Gemeinderates vom 29.03.2006 betreffend  
Nachtragskredit für die Sanierung der Hallenbad-Decke  
(Schulzentrum Neuallschwil) Geschäft 3655
  
5. Motion von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion vom 14.09.2005  
betreffend  
Beitritt der Einwohnergemeinde Allschwil zum  
Trinationalen Schutzverband gegen nukleare Bedrohungen (TRAS)  
Jahresbeitrag Geschäft 3632
  
6. Motion von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion vom 14.09.2005  
betreffend  
Beitritt der Einwohnergemeinde Allschwil zum  
Trinationalen Schutzverband gegen nukleare Bedrohungen (TRAS)  
Einmaliger Beitrag Geschäft 3633
  
7. Postulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, vom 14.09.2005  
betreffend  
Gewähren der Sicherheit der Velofahrerinnen und Velofahrer  
durch Markierungen der bisher unmarkierten  
kantonalen Velowege in Allschwil Geschäft 3634
  
8. Postulat von Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, vom 15.02.2006  
betreffend Naturschutzkonzept Geschäft 3649
  
9. Interpellation von Robert Richner, FDP-Fraktion, vom 18.01.2006  
betreffend „Sportanlagen Im Brühl“ Geschäft 3647
  
10. Interpellation von Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, vom 15.02.2006  
betreffend „Bewilligte Dachformen gemäss Zonenreglement Siedlung“ Geschäft 3651

Nach der Pause:  
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

---

### **Der Protokollführer**

Andreas Weis

---

### **Einwohnerratsprotokoll Nr. 19 vom 26.04.2006**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

## **Der 1. Vize-Präsident des Einwohnerrates Allschwil**

Christoph Morat

---

### **Begrüssung / Mitteilungen des Vize-Präsidenten**

Der 1. Vize-Präsident **Christoph Morat** gibt die Entschuldigungen bekannt. Die Präsidentin des Einwohnerrates ist aus beruflichen Gründen abwesend und musste kurzfristig die Sitzungsleitung an Christoph Morat übergeben.

### **Traktandenliste**

://: Die Traktandenliste wird ohne Änderungen genehmigt.

### **Neue parlamentarische Vorstösse**

Eingegangen sind folgende Vorstösse:

**Postulat** von Mario Bernasconi, SD-Fraktion, betreffend Realisation einer Fusswegverbindung dem Mühlebach entlang (Geschäft 3668)

**Kleine Anfrage** von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend Kirchenasyl (Geschäft 3666)

**Dringliche Motion** von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend Verdichtung des Fahrplanes der Buslinie 33 (Geschäft 3665)

**Josua Studer**, SVP, begründet die Dringlichkeit wie folgt: Die Änderungen im Fahrplan des öffentlichen Verkehrs würden immer im Dezember vorgenommen. Die Bestrebungen für eine Verdichtung des Fahrplanes müsse man jetzt in Angriff nehmen, damit dies im Dezember umgesetzt werden könne. Daher solle diese Motion bereits heute diskutiert werden.

Abstimmung über Dringlichkeit erfordert 2/3-Mehr der anwesenden Mitglieder.

://: Die Dringlichkeit der Motion wird mit grossem Mehr beschlossen.

**Dringliche Interpellation** von J.J. Winter, A. Bieri, A. Bammatter betreffend Platzierung des Kindergartens Rankacker (Geschäft 3667)

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, begründet die Dringlichkeit wie folgt: Der Tageskindergarten werde ein Thema der Mai-Sitzung sein. Das ganze Projekt sei auch schon mit der Quartierplanung „Rankacker“ aufgelegt worden. Alle seien durch das geplante Provisorium auf dem Sportplatz „Rotgrund“ aufgeschreckt und überrascht worden. Sein Anliegen sei, heute darüber zu diskutieren, ob es noch andere Varianten als den Sportplatz „Rotgrund“ gebe.

://: Die Interpellation wird mit grossem Mehr für „dringlich“ erklärt.

**1. Vergleich der Sozialausgaben unter Baselbieter Gemeinden  
Vorstellung der Ergebnisse des Kennzahlenvergleichs  
durch das Departement Soziale Dienste  
Referent: Daniel Siegrist, Hauptabteilungsleiter Soziale Dienste**

---

**Arnold Julier**, Departementsvorsteher Soziale Dienste, führt in das Thema ein. In den vergangenen Jahren sei die Zahl der Sozialhilfeempfänger schweizweit gestiegen. Die Kosten hätten vor allem in den Städten und Agglomerationsgemeinden stark zugenommen. Dies habe natürlich auch die Gemeinde Allschwil getroffen. Im 2004 seien in Allschwil die Sozialhilfefälle um 34 und im 2005 um 17 angestiegen. Der höchste Anstieg sei im Jahr 2004 zu vermerken gewesen. Die Zahl der Sozialhilfebezüger sei gemäss der Abklärungen des Kantons im Jahr 2003 von 1.37% auf 1.9 % im 2004 und im Jahr 2005 auf 2% gestiegen. Man habe dann aber festgestellt, dass es grosse Differenzen zwischen den einzelnen Gemeinden bezüglich der Pro-Kopf-Ausgaben gebe. Um die Ausgaben zwischen den einzelnen Gemeinden vergleichbar zu machen und so eine Analyse durchführen zu können, habe man diese Erhebung durchgeführt. An dieser Studie waren Reinach, Münchenstein, Binningen und Allschwil beteiligt. Im Laufe des letzten Jahres seien die Zahlen des Jahres 2004 erfasst und miteinander verglichen worden. Allschwil habe im Jahr 2004 mit 12.4% die höchste Sozialhilfequote der Vergleichsgemeinden gehabt. Allschwil weise aber die tiefsten Bruttounterstützungskosten aus und habe die zweithöchsten Rückerstattungen bei den Einnahmen zu verbuchen. Ausserdem habe Allschwil die tiefsten Personalkosten der vier Vergleichsgemeinden.

**Daniel Siegrist**, Hauptabteilungsleiter Soziale Dienste, stellt die Vergleichszahlen vor und kommentiert diese (die Präsentationsfolien mit den Vergleichszahlen sind integrierter Bestandteil des Protokolls und befinden sich im Anhang).

Er führt aus, dass dieser Bereich der Sozialen Dienste normalerweise nicht häufig offen diskutiert werde. Er sei darum sehr froh, dass er heute Abend diese Benchmarking-Studie vorstellen dürfe. Die Zahlen seien zwar schon aus dem Jahr 2004, nichtsdestotrotz seien sie aber aussagekräftig. Die Leiter der Sozialen Dienste der einzelnen Gemeinden hätten sich schon in den vergangenen Jahren immer wieder ausgetauscht und versucht, mit den kommunal unterschiedlichen Zahlen zu operieren und zu vergleichen. Nun habe man aber das erste Mal mit der Unterstützung einer externen Firma, welche bereits Erfahrung in diesem Bereich mit anderen Städten gesammelt hat, die Daten aufgearbeitet. Die Projektgruppe habe sich klar zum Ziel gesetzt, an Hand der Erkenntnisse dieser Studie jeweils von den in den einzelnen Sparten „besten“ Gemeinden zu lernen. Für die Politikerinnen und Politiker könne der direkte Vergleich zwischen den Gemeinden für die politische Arbeit wichtig sein. Für die beteiligten Fachkräfte sei aber das absolute Ergebnis im Vordergrund gestanden, um zu erkennen, was man besser machen könne. Die Zahlen wolle man nicht unkommentiert publizieren. Eine Erläuterung sei notwendig und sinnvoll, weshalb es heute Abend zu diesem Vortrag komme.

Die Gemeinden seien auf den ersten Blick gut miteinander vergleichbar.

Allschwil habe von allen vier Gemeinden die höchste Sozialhilfequote, 12,4%. Dies bedeute, dass von 1000 Einwohnerinnen und Einwohner 124 Personen Sozialhilfegelder zur Bestreitung des Lebensunterhaltes benötigen. Die Quote sage aber noch nichts darüber aus, was die Ursachen dafür seien.

Allschwil habe auch die höchste Fallbelastung pro 100-Stellenprozent in den Sozialen Diensten gehabt. Die Sozialausgaben beinhalten auch den Bereich Vormundschaft und freie Beratungen. Pro 100 Stellenprozent hätten die Mitarbeiter in Allschwil 83 Dossiers zu bearbeiten. Wenn man nur die Sozialarbeit betrachte, dann seien im 2004 pro 100%-Stellenprozent 180 Fälle zu bearbeiten gewesen. Eine mögliche Folgerung daraus wäre, dass man offensichtlich mit einer

Vollzeitstelle sehr viele Fälle bearbeiten könne. Andererseits sei eine hohe Fallzahl aber auch mit dem Risiko einer Qualitätseinbusse der Fallbearbeitung verbunden.

Nicht unwesentlich zu dieser hohen Zahl der Sozialhilfefälle habe auch der Umstand beigetragen, dass in Allschwil im Vergleich die höchste Anzahl geschiedener Personen lebe. Auch dies sei ein Umstand, der leider häufig dazu führe, dass die Sozialhilfe in Anspruch genommen werden müsse. Hier stünden zum einen finanzielle Bedürfnisse zur Diskussion, aber zum andern auch Beratungen im Bereich des Obhut- und Sorgerechts für die Kinder, Sozialversicherungsfragen etc. Es stehe fest, dass das Mass der notwendigen Sozialberatungen in direktem Zusammenhang mit der Anzahl geschiedener Personen stehe.

Ein weiterer massgebender Faktor sei die Anzahl der Ein-Personen-Haushalte. Die Sozialhilfe berechnet sich nämlich auch aufgrund der Haushaltsgrösse. Ein Mehr-Personen-Haushalt erhalte mehr Unterstützung als ein Ein-Personen-Haushalt. Daher sei ein grosser Anteil der Ein-Personen-Haushalte für die Höhe der Sozialausgaben positiv zu werten.

Der Anteil der Alleinerziehenden kann ebenfalls eine Rolle spielen. Hier gehe es nicht nur um finanzielle Unterstützung sondern häufig auch um Beratungen oder ergänzende Betreuungsdienstleistungen.

Allschwil habe von den Vergleichsgemeinden den grössten Anteil an 3-Zimmer-Wohnungen. In Scheidungssituationen habe man in Allschwil relativ gute Chancen, zahlbaren Wohnraum zu bekommen. Gute Infrastruktur und Schulen tragen weiter dazu bei, dass Geschiedene resp. Alleinerziehende nach Allschwil ziehen würden. Diese Klientel nehme, wie beschrieben, die Dienstleistungen der Sozialhilfe in Anspruch.

Im Bezirk Arlesheim sei der durchschnittliche Anteil an 3-Zimmer-Wohnungen Ende 2004 bei 23.6% gewesen. Allschwil sei massiv darüber gewesen.

Der Kennzahlenvergleich mache erst dann Sinn, wenn man ihn über einen längeren Zeitraum beobachte. Eine Momentaufnahme sei wenig aussagekräftig. Erst eine langfristige Beobachtung der Kennzahlen zur Kontrolle der eingeleiteten Korrekturmassnahme bringe den Gemeinden letztlich etwas.

Zusammengefasst lasse sich festhalten:

Negativ sei in Allschwil die hohe Fallbelastung wegen dem Risiko der Qualitätseinbusse der Sozialarbeit.

Negativ in Bezug auf die Sozialausgaben seien auch die Lebensformen (Alleinerziehende, geschiedene Personen, 3-Zimmer-Wohnungen). Hiermit sei aber keine andere Wertung der Lebensformen verbunden.

Positiv sei im Hinblick auf die Sozialausgaben die grosse Anzahl von Ein-Personen-Haushalten.

Negativ sei im Hinblick auf die Sozialausgaben auch der grosse Anteil des finanzierbaren günstigen Wohnraums in Allschwil, welcher die eben beschriebenen Personengruppen anspreche.

Allschwil habe aber im Vergleich mit den anderen Gemeinden in einigen Bereichen auch gut abgeschnitten. So habe Allschwil zum Beispiel die geringsten Personalkosten pro 100%-Stelle. Hierzu sei zu sagen, dass man die Kosten aufgesplittet habe. Zum einen habe man nur die reinen Lohnkosten miteinander verglichen, zum anderen habe man die Gesamtkosten der Abteilung Soziale Dienste betrachtet. Es gebe die These im Sozialbereich, die aussage, dass gut ausgebildete und gut bezahlte Arbeitskräfte eher in der Lage seien, die einzelnen Fälle speditiv und nachhaltig zu betreuen, so dass eine schnellere Ablösung von der Sozialhilfe erreicht werden könne. Damit würden letztlich die Gesamtkosten der Sozialarbeit wiederum

sinken. Allerdings könne man in Extremis nicht behaupten, dass eine Verdoppelung des Personals letztlich eine Halbierung der Sozialfälle nach sich ziehe oder umgekehrt. Ausschlaggebend bezüglich der tiefen Personalkosten sei in Allschwil aber der relativ geringe Altersdurchschnitt. Bei der Einstufung in Erfahrungsstufen und bei der administrativen Betreuung des Personals wirke sich dies aus.

Unabhängig vom Fachgebiet - Sozialberatung/Fürsorge/freie Beratung - seien im Jahr 2004 CHF 1'233. — pro Fall aus der Gemeindekasse bezahlt worden. Die niedrigen Kosten kämen natürlich auch dadurch zustande, dass die Gemeinde Allschwil im Vergleich mit den anderen Gemeinden die absolut höchste Fallzahl pro 100 Stellenprozent aufweise.

Erfreulich sei, dass Allschwil die geringste Bruttounterstützung im Jahr 2004 ausgewiesen habe. Nicht zuletzt wegen dem günstigen Wohnraum und der 3-Zimmer-Wohnungen habe man relativ viele Ein- oder Zwei-Personen-Haushalte, welche wiederum geringere Sozialhilfekosten generieren als Grossfamilien entsprechendem Wohnraumbedarf. Allschwil habe aber auch das Glück, dass viele Sozialhilfefälle in der Gemeinde die Möglichkeiten hätten, kleinere Einkommen selbst zu erwirtschaften. Diese Situation ändere sich aber konjunkturabhängig. Im Ergebnis 2005 sei eine andere Situation zu erwarten.

Leider habe Allschwil im Jahr 2004 aber auch am wenigsten für Integrationsmassnahmen ausgegeben. Gemessen an den Fällen und an der Grösse der Gemeinde habe man in diesem Bereich sehr wenig gemacht. Zur Erklärung führt Daniel Siegrist aus, dass nach In-Kraft-Treten des neuen Sozialhilfegesetzes viele Anbieter von Beschäftigungsprogrammen verunsichert gewesen seien und nicht gewusst hätten, wie die neuen Beschäftigungs-/Integrationsprogramme zu gestalten seien. Auch die Verwaltungsabteilung Soziale Dienste sei in dieser Zeit sehr zurückhaltend in diesem Bereich gewesen. Tatsache sei, dass man in diesem Bereich in Zukunft mehr investieren müsse, um die Sozialhilfefälle aus der Erwerbslosigkeit zu holen und damit von den Hilfeleistungen ablösen zu können.

Auf der Einnahmeseite sei festzustellen, dass die Gemeinden Reinach und Münchenstein ihre Integrationsprogramme aus eigenen Mitteln finanzieren. Dort gebe es keine Zahlungen seitens des Kantons an die Integrationsprogramme. In Allschwil sei dies anders. 29% der für Integrationsmassnahmen vom Kanton ausgeschütteten Gelder seien an Allschwil gegangen.

Zusammenfassend seien die Personalkosten pro 100-Stellenprozent/pro Fall positiv zu bewerten. Diese Aussage gelte für das Jahr 2004. Positiv seien auch die Bruttounterstützungskosten pro Fall.

Die Aufwendungen für Integrationsmassnahmen hätten zwar die Rechnung weniger belastet, aber die Folgen dieser Sparmassnahmen würden sich mittelfristig zeigen. Dann werde man eventuell merken, dass man in diesem Bereich zu wenig unternommen habe.

Bemerkenswert sei auch, dass Allschwil in Bezug auf die Rückforderungen von ausgezahlten Geldern an zweiter Stelle in diesem Vergleich liege. Dies sei nicht immer ein aktiver Vorgang. Zum Teil seien es Bevorschussungen, welche später durch eine Versicherung zurückbezahlt würden. Es sei aber positiv zu vermerken, dass in Allschwil darauf geachtet werde, Gelder wieder einzuholen. Dies geschehe unter anderem mit der Durchsetzung von Abtretungen und Rückzahlungsverpflichtungen. Letztlich zahle man nur das, was wirklich notwendig sei.

Erstaunlich sei auch die Erkenntnis gewesen, dass Allschwil eine sehr hohe Personenzahl pro Fall gehabt habe, nämlich durchschnittlich 1,73.

Aufgefallen sei auch das Verhältnis zwischen der hohen Sozialhilfequote und den Pro-Kopf-Kosten im Jahre 2004. Grundsätzlich könne man sagen, dass ein Sozialdienst dann gut gearbeitet hat, wenn die Sozialhilfequote höher sei als die Pro-Kopf-Kosten. Dies sei eine These. Tatsache sei, dass Allschwil bei einem hohen Fallaufkommen dennoch auf der

Einnahmenseite ein gutes Ergebnis ausweisen könne. Es bestehe ein gutes Verhältnis zwischen den Pro-Kopf-Kosten und der Sozialhilfequote.

Die gute Rückerstattungsquote sei erfreulich. Die starke personelle Belastung sei aber sicher kritisch und im Auge zu behalten.

Als Ergebnis aus diesem Benchmarking sieht Daniel Siegrist vor allem die Reduktion der personellen Belastung als wichtige strategische Massnahme. Die Fallbelastung müsse reduziert werden. Durchschnittlich werden pro 100%-Stelle 180 Fälle betreut. Ein weiterer Anstieg könnte einen Qualitätsverlust und langfristig erhöhte Sozialkosten zur Folge haben.

Eine wichtige Erkenntnis sei auch, dass man bezüglich der Integrationsmassnahmen dringend etwas machen müsse. Allschwil habe per 2004 im Vergleich die höchste Erwerbslosenquote gehabt. Die Zahl der Langzeitarbeitslosenquote könnte steigen, wenn zu wenige Integrationsmassnahmen getroffen würden. Man dürfe auch nicht vergessen, dass man aus der Erwerbslosenstatistik gestrichen werde, wenn man ausgesteuert sei. Als Mensch bestehe man aber weiterhin. Die Statistik könne daher nicht alle Problemfelder erfassen. Im 2005 habe man aber einige weitere Massnahmen eingeleitet.

Ein weiterer Punkt an dem gearbeitet werden müsse, sei das Verhältnis zwischen den Zahlfällen und den Einnahmen. Hier müsse man auch Verbesserungen anstreben. Vielleicht könne man hier von den anderen Gemeinden profitieren.

Eine weitere strategische Massnahme sei auch, dass man den Kennzahlen-Vergleich wiederhole. Eine Optimierung der Verhältnisse sei dann direkt überprüfbar, wenn man dieses Benchmarking wiederhole. Für die Studie des Jahres 2005 hätten sich bereits insgesamt acht Gemeinden zum Benchmarking angemeldet. Neu seien Aesch, Liestal, Muttenz und eine Gemeinde aus dem Kanton Basel-Stadt beteiligt. Ende Juni 2006 sei mit den ersten Ergebnissen zu rechnen.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, bedankt sich für das gute und informative Referat. Er fragt, was alles unter Integrationsmassnahmen zu verstehen sei.

**Daniel Siegrist**, HAL Soziale Dienste, erläutert, dass es ganz wichtig sei, der Chronifizierung der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Man müsse zum Teil schon relativ früh Integrationsmassnahmen für einzelne Personen anstreben. Ein weiterer Punkt sei die Zusammenarbeit mit dem Kanton in diesem Bereich. Hier sei bereits eine Vernehmlassung abgegeben worden. Man habe sich dafür eingesetzt, dass der Kanton auch weiterhin 50% der Kosten übernehme. Ein weiterer Punkt sei auch, zu prüfen, ob die Gemeinde den einen oder anderen Platz im Rahmen einer Integrationsmassnahme anbieten könne.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, fragt nach, ob unter Integrationsmassnahmen hauptsächlich Arbeitsbeschaffungsmassnahmen gemeint seien.

**Daniel Siegrist**, HAL Soziale Dienste, bestätigt dies. Es gehe hauptsächlich um die Integration ins Erwerbsleben.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, dankt für die sehr interessanten Ausführungen. In Sachen Sozialhilfe sei der Missbrauch immer noch ein wichtiges Thema. Er möchte wissen, ob man im Rahmen dieser Untersuchungen auch die Missbrauchsquote ermittelt habe. Er fragt, welche Massnahmen dagegen vorgenommen würden.

**Arnold Julier**, Departementsvorsteher Soziale Dienste, stellt die Problematik grundsätzlich nicht in Abrede. Zurzeit seien aber sehr wenige Missbrauchsfälle bekannt. Man werde aber jedem Fall nachgehen, die zu Unrecht bezogenen Leistungen zurückverlangen und bei strafrechtlicher Relevanz beim Statthalteramt Anzeige erstatten.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, möchte wissen, ob ein „Sozialdetektiv“ für Allschwil zurzeit kein Thema sei.

**Arnold Julier**, Departementsvorsteher Soziale Dienste, bestätigt, dass er sich darüber ernsthaft Gedanken gemacht habe und sich auch die entsprechenden Informationen beschafft habe. In der Gemeinde Emmen habe es sich um fünf Fälle gehandelt. Die dortigen Sozialarbeiter hätten aber die Aussage gemacht, dass sie mit leicht vermehrtem Zeitaufwand auch ohne den Sozialdetektiv diese Fälle aufgedeckt hätten.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, möchte gerne über das demographische Verhältnis zwischen Schweizern und Ausländern bezüglich Sozialhilfe eine Auskunft.

**Daniel Siegrist**, HAL Soziale Dienste, hat darüber keine Zahlen vorliegen. Nach seiner Ansicht, sei die Situation zurzeit stabil. Dieses Thema sei aber bei den beteiligten Gemeinden nicht untersucht worden. Dies vor allem auch, da dieses Verhältnis ein Fakt sei, welchen man nicht ändern könne. Vielleicht werde man zu einem späteren Zeitpunkt dies einmal untersuchen.

**Thomas Pfaff**, SP/EVP-Fraktion, möchte wissen, ob die präsentierten Vergleichszahlen ein Auszug aus der Untersuchung gewesen sei, oder alle untersuchten Bereiche dargestellt worden seien. Es interessiere ja auch die Frage, wieviel neue Fälle es im Jahr 2004 gegeben habe. Oder wie viele Fälle man im Jahr 2004 habe definitiv abschliessen können. Ebenso, wie gross das Erwerbseinkommen, respektive die erarbeiteten Stellenprozente neben der in Anspruch genommenen Sozialhilfe gewesen sei.

**Daniel Siegrist**, HAL Soziale Dienste, antwortet, dass diese Daten zwar erhoben wurden, aber nicht alle in den Bericht eingeflossen seien. Diese Zahlen könne man aber abrufen. Nicht erhoben habe man aber die prozentuale Verteilung der Erwerbseinkommen nach Beschäftigungsgrad. Das Zahlenmaterial sei immens und man könne jederzeit die entsprechende Auswertung vornehmen.

168      01.030      Einwohnerrat  
          01.020      Abstimmungen, Wahlen

**2. Bericht des Gemeinderates vom 29.03.2006 betreffend  
Ersatzwahl eines Mitglieds des Schulrates für die  
Sekundarschule Allschwil für die zurückgetretene Heidy Brügger  
Geschäft 3657**

---

://: Für die per 30. Juni 2006 zurückgetretene Heidy Brügger wird als Mitglied in den Sekundarschulrat für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2008) in stiller Wahl **Sandra Lampart** gewählt.

*MITTEILUNG AN:*

Sandra Lampart (als Wahlanzeige)  
Felix Keller, CVP-Präsident  
Daniela Jörin (Kommissionsverzeichnis)

169      01.030      Einwohnerrat  
          01.020      Abstimmungen, Wahlen  
          01.024      Wahlbüro

---

**3. Bericht des Gemeinderates vom 29.03.2006 betreffend  
Ersatzwahl eines Mitglieds des Wahlbüros  
für den zurückgetretenen Rudolf Gugger, FDP      Geschäft 3658**

---

://: Für den per 30.06.2006 zurückgetretenen Rudolf Gugger wird als Mitglied des Wahlbüros für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2008) in stiller Wahl **Hans Stöckli** gewählt.

*MITTEILUNG AN:*

Hans Stöckli (als Wahlanzeige)  
Frey, Hanspeter FDP-Präsident  
Mohler, Hans-Peter (Präsident Wahlbüro)  
Daniela Jörin (Kommissionsverzeichnis)

170      11.140      Gemeindeprojekte  
          11.210      Liegenschaften; Baulicher Unterhalt

---

**4. Bericht des Gemeinderates vom 29.03.2006 betreffend  
Nachtragskredit für die Sanierung der Hallenbad-Decke  
(Schulzentrum Neualschwil)      Geschäft 3655**

---

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, erinnert an den Vorfall im Hallenbad im Dezember 2005, bei der sich Deckenteile aus der Verankerung gelöst hatten. Über die sofort durchgeführten Sicherungs- und Sanierungsmassnahmen sei der Einwohnerrat ja bereits informiert worden. Diese Sanierungsarbeiten hätten natürlich Kosten verursacht, für welche nun der Gemeinderat mit dem vorliegenden Bericht einen Nachtragskredit beantrage. Die finanziellen Konsequenzen belaufen sich einerseits auf die direkten Ausgaben, andererseits habe es auch einen gewissen Betriebsverlust durch die vorübergehende Schliessung des Bades ergeben. Er bittet um Genehmigung.

EINTRETEN unbestritten

DETAILBERATUNG

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, bedankt sich seitens seiner Fraktion beim Bademeister, dem die Situation sofort aufgefallen sei und die notwendigen Meldungen unverzüglich vorgenommen habe. Ausserdem dankt er auch der Hauptabteilung Hochbau/Raumplanung und dem Gemeinderat für das schnelle und effiziente Handeln. Er hoffe, dass das Hallenbad nun für lange Zeit als Treffpunkt für Jung und Alt weiterbetrieben werden könne.

KEINE WEITEREN WORTMELDUNGEN

Es wird wie folgt beschlossen:

://:

1. Der Nachtragskredit zur Sanierung und Untersuchung der Hallenbad-Decke in Höhe von CHF 66'232.10 inkl. MWST wird **einstimmig bewilligt**.
2. Vom Betriebsverlust von ca. CHF 10'000.00 für das Jahr 2006 wird **einstimmig Kenntnis genommen**. Dieser Betrag schlägt sich in der Rechnung 2006 nieder.

171 01.030 Einwohnerrat

**5. Motion von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion vom 14.09.2005  
betreffend Beitritt der Einwohnergemeinde Allschwil zum  
Trinationalen Schutzverband gegen nukleare Bedrohungen (TRAS)  
Jahresbeitrag Geschäft 3632**

---

Die Begründung und Diskussion wird in nachfolgendem Traktandum wiedergegeben.

172 01.030 Einwohnerrat

**6. Motion von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion vom 14.09.2005  
betreffend Beitritt der Einwohnergemeinde Allschwil zum  
Trinationalen Schutzverband gegen nukleare Bedrohungen (TRAS)  
Einmaliger Beitrag Geschäft 3633**

---

Die Begründung und anschliessende Diskussion bezieht sich auf beide Motionen (Geschäft 3632 und 3633):

**Christoph Morat**, SP/EVP-Fraktion, begründet seine Motion wie folgt: Es gehe um den Beitritt zu einem trinationalen Schutzverband, welcher sich in erster Linie dafür einsetzt, das Kernkraftwerk Fessenheim (nachfolgend KKW) stillzulegen. Es gehe darum, die verfügbaren Kräfte zu bündeln, ähnlich wie beim Schutzverband „Flughafen“. Es gebe bereits einige schweizerische Gemeinden als Mitglieder in diesem Schutzverband, so zum Beispiel Basel, Bottmingen, Birsfelden. Ebenfalls möchte Freiburg/Brsg. Mitglied werden und habe die erforderlichen Mittel bereits bewilligt. Beim KKW handele es sich um ein Kraftwerk der ersten Generation. Es handle sich um einen Druckwasserreaktor in einem Gebiet, welches nicht erdbebensicher sei. Das KKW habe in der letzten Zeit immer wieder Schlagzeilen durch Schnellabschaltungen gemacht. Es sei kein sehr zuverlässiges Kraftwerk. Es gebe Teile im KKW die so stark radioaktiv seien, dass man sie gar nicht mehr abtransportieren könne. Diese Situation werde sich mit zunehmendem Alter nur noch mehr verschärfen. Ursprünglich sei dieser Reaktortyp für eine Betriebsdauer von 40 Jahren gebaut worden, man müsse ihn daher ohnehin „gelegentlich“ abstellen. Die Regierung möchte das KKW gerne weiter betreiben und die Laufzeiten verlängern. Dies sei nicht unproblematisch. Er habe zwei Motionen präsentiert. Die eine Motion habe einen jährlich wiederkehrenden Betrag zum Inhalt, die andere einen einmaligen. Beide berechnen sich auf der Basis der Einwohnerzahl. Es handle sich um ca. CHF 1'800.-- /jährlich. Der Motionär befürwortet den einmaligen Beitrag. Man sei dann Mitglied des Schutzverbandes und könne Einfluss beim Schutzverband nehmen. Als Schutzverband könne man etwas erreichen. Vorbild sei der Schutzverband in Genf, welcher immerhin erreicht habe, dass der schnelle Brüter Phönix abgeschaltet wurde. Er bittet um Überweisung der Motion.

Gemeinderat **Robert Vogt**, Tiefbau/Umwelt, begründet die ablehnende Haltung des Gemeinderates. Bis zu 40% des schweizerischen Strombedarfs werde aus Atomenergie hergestellt. Ausserdem würden die Motionen nicht nur die Kosten für die Mitgliedsgebühr verursachen, sondern auch indirekte Kosten durch die Abschaltung von Atomenergieanlagen. Die Gemeinde habe noch andere Handlungsspielräume als die Abschaffung von Atomenergie. Sowohl die Gemeinde als auch die Privaten könnten atomfreien Strom kaufen. Dies sei zwar mit Mehrkosten verbunden, gleichzeitig würde man aber signalisieren, dass man den Strom aus Atomenergie nicht wünsche und die Förderung alternativer Energielieferanten unterstütze.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, gibt namens der seiner Fraktion kund, dass man zurzeit nur projektbezogene Aktivitäten unterstützen wolle, respektive dafür Gelder freigeben möchte.

Daher sei seine Fraktion gegen eine Überweisung. Erst wenn ein konkretes Projekt vorliege, könne man über darüber entscheiden.

**Felix Keller**, CVP-Fraktion, kann namens seiner Fraktion die Motionen ebenfalls nicht unterstützen. Dies sei vor allem dadurch bedingt, dass es hier nicht primär um die Atomsicherheit gehe, sondern um die Schliessung des Atomkraftwerkes Fessenheim. Hinter der Organisation TRAS stehe vor allem das Aktionskomitee gegen Nordwestschweizerische Atomkraftwerke von Rudi Rechsteiner. TRAS sei ein Ableger. Es gehe hier ausschliesslich um die Schliessung des Kraftwerkes. Ausserdem könne jeder einzelne Bürger sich der Organisation mit einem Beitrag von CHF 50.-- anschliessen. Er sehe nicht, weshalb der Einwohnerrat dies mit einem Beschluss allen Allschwiler Einwohnerrinnen und Einwohnern aufzwingen sollte. Wenn 37 Allschwiler mitmachen würden, gebe das den Betrag von CHF 1'800.--. Diese hätten dann aber auch Gewicht von 37 Stimmen und nicht nur 6 wie eine beteiligte Gemeinde.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, zeigt sich ebenfalls kritisch. Fessenheim gebe einem schon zu denken. Im Kanton seien die gleichen Vorstösse zur Diskussion gestanden. In Rahmen dieser Diskussionen sei klar geworden, dass der Kanton bereits jetzt schon den Verband logistisch unterstütze. Das Amt für Umwelt und Energie habe dort auch schon Leistungen erbracht. Dies könne mehr wert sein, als lediglich Mitgliederbeiträge zu zahlen. Damit würden ohnehin schon alle Kantonseinwohnerinnen und – einwohner an den Verband zahlen. Aus diesen Gründen brauche es diese Vorstösse zurzeit nicht. Der Kanton habe die Vorstösse auch nicht überwiesen. Seine Fraktion werde die hier vorliegenden Vorstösse deshalb ablehnen, auch wenn sie gut gemeint seien.

**Peter Hauser**, SD-Fraktion, hält diese Aktion für einen Ritt gegen Windmühlen. Das KKW stehe in Frankreich und der Einfluss der Schweizer sei sehr gering. Er vergleiche die Situation mit den Chemiemülldeponien. Dort fühle sich auch niemand zuständig. Dort werde es auch immer die gleichen Ausreden geben. Zuerst müsse man auf Mulhouse, dann auf Colmar etc. Dies sei ein Fass ohne Boden.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, erinnert an Tschernobyl. Dies sei eine Katastrophe gewesen, mit der man sich heute noch beschäftigen müsse. Die Organisation, die hinter TRAS stehe, sei in der Tat diejenige, die auch gegen Kaiseraugst gewesen sei. Da stecke ein grosses Engagement dahinter. Es gehe hier auch und vor allem um die Erhöhung der Sicherheit.

**Jürg Gass**, SP/EVP-Fraktion, erwidert zum Votum von Peter Hauser, dass man in Sachen Chemie-Müll auf einem guten Weg sei. Man habe dort auch schon etwas erreicht. Ihm gehe es nicht grundsätzlich darum, alle AKW's abzuschaffen. Aber eines, das unsicher sei, müsse abgestellt werden. Es spiele in Bezug auf die Sicherheit keine Rolle, auf welcher Seite der Grenze das AKW stehe. Er ist der Ansicht, dass eine Gemeinde mit 18'000 Einwohnern ein gewisses Gewicht in der Organisation habe. Daher sei er für die Überweisung.

**Christoph Morat**, SP/EVP-Fraktion, spricht nochmals die von Robert Vogt aufgeworfene Kostenfrage an. Robert Vogt habe nicht ausgeführt, was denn letztlich sauberer Strom kosten werde. Auch hierfür müssten finanzielle Mittel aufgewendet werden. Es sei ihm auch klar, dass der Kanton projektbezogene Finanzierungen mündlich zugesichert habe. Mehr liege aber zurzeit nicht vor. Bei einer Havarie seien alle in der Region betroffen. Dies müsse nicht unbedingt der schlimmste Fall sein, so wie vor 20 Jahren in Tschernobyl. Aber eine Fehlmanipulation könnte schon eine radioaktive Wolke auslösen, die auch in unsere Region abdriften könne. Dann seien wir alle betroffen. Er fragt den Rat an, ob er das verantworten könne. Mit dem einmaligen Beitrag von CHF 18'500.-- habe man immerhin etwas getan. Damit sei dies auch kein Fass ohne Boden. Es gehe darum, alles was möglich ist, zu unternehmen. Es gehe darum, die Kräfte und das Know-how zu bündeln und effizient einzusetzen.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion, ist der Ansicht, dass der Kanton nichts oder nicht genug in dieser Angelegenheit unternehme. Deshalb genüge es nicht, sich nur auf den Kanton



empfiehlt er dem Rat das Postulat abzuschreiben. Der Gemeinderat versichere, dass man immer wieder die Situation prüfen und versuchen werde, die Velowege in die ruhigeren Strassen zu verlegen. Bei jedem Projekt werde sich der Gemeinderat in diesem Sinne einbringen.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion, fragt Christoph Morat an, ob nicht auch die Verlegung der kantonalen Veloroute weg von der Baslerstrasse auf Nebenstrassen als Aufforderung an den Gemeinderat gerichtet werden könne. Der Umweg sei nicht sehr gross, aber der Gewinn an Sicherheit.

**Christoph Morat**, SP/EVP-Fraktion, bestätigt, dass er diese Möglichkeit durchaus sehe. Robert Vogt habe ihm diesen Vorschlag auch schon gemacht. Damit sei er auch einverstanden. Er habe mit seinem Postulat ein Stück weit offene Türen eingerannt. Jede Massnahme, welche die Velofahrer vor Unfällen mit Autos schütze sei für ihn willkommen.

**Dr. Ivo Corvini**, CVP-Fraktion, stellt namens seiner Fraktion fest, dass aufgrund der geführten Diskussion die Überweisung und gleichzeitige Abschreibung des Postulates die beste Vorgehensweise sei.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, fragt als Berufschaffeur, wer denn die Chauffeure vor den Velofahrern schütze. Auch bei den Velofahrern gebe es solche, die sich nicht an die vorgegebenen Velowege oder Markierungen hielten. Man solle mal an den neuralgischen Punkten, wie Kreisel oder Kreuzungen, stehen. Die Velofahrer würden häufig rechts vorbeifahren. Velofahrer dürften keinen Freipass erhalten. Er befürwortet eine regelmässige Schulung der Velofahrer, damit diese sich auch der Gefahren im Strassenverkehr bewusst würden.

**Christoph Morat**, SP/EVP-Fraktion, gibt Josua Studer in diesem Bereich Recht. Aber der Gesetzgeber kann nur die optimalen Voraussetzungen schaffen. Es gebe aber immer solche, die sich nicht an die Regeln halten. Dies gelte für Velofahrer genauso wie für Autofahrer oder Buschauffeure und Lastwagenfahrer.

**Jürg Vogt**, FDP-Fraktion, unterstützt die Äusserungen von Robert Vogt. Mit Markierungen könne man relativ wenig erreichen. Andere Massnahmen seien mindestens ebenso wichtig.

KEINE WEITEREN WORTMELDUNGEN

Abstimmung:

://:

**Geschäft 3634**

Das Postulat von Christoph Morat, SP/EVP-Fraktion, vom 14.09.2005, betreffend Gewährung der Sicherheit der Velofahrerinnen und Velofahrer durch Markierungen der bisher unmarkierten kantonalen Velowege in Allschwil wird mit **32:3 Stimmen überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.**

PAUSE

INFOFENSTER des Gemeinderates

**Saskia Schärer**, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste & Sicherheit, informiert über den Stand der Dinge auf dem Friedhof. Aufgrund der Witterungsbedingungen konnte der Rasen noch nicht angesät werden. Auch die weiteren Arbeiten benötigen noch einige Tage trockenes Wetter. Man hoffe, dass die Arbeiten bis Ende Mai soweit fertig werden, dass der erste



**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, betont auch, dass die Fahrplanumstellung in erster Linie in der Kompetenz des Kantons liege. Der Takt der Buslinie sei im generellen Leistungsauftrag definiert. Eine Verdichtung auf den 15-Minuten-Takt könne nur erreicht werden, wenn man durch Zahlen und Statistiken die Notwendigkeit belegen könne. Dazu sei die Zeit aber viel zu kurz. Man könne auch feststellen, dass die Auslastung der Linie saisonal und auch tageszeitlich starken Schwankungen unterliege. Ebenso sei der harte Winter nicht sehr repräsentativ gewesen. Bei der Frage, ob Buslinien häufiger fahren sollten, müssten immer auch die anderen Linien miteinander verglichen werden. Auch hier zeige es sich, dass die Verdichtung nicht unbedingt angebracht sei. Bei der aktuellen Konstellation habe sich gezeigt, dass ein Endaufenthalt von 15 Minuten im Dorf notwendig wäre, dies sei aber sehr ineffizient. Aufgrund diverser Faktoren, die beachtet werden müssten, wäre eine Taktverdichtung bis Schönenbuch notwendig. Dies entspreche aber keinem echten Bedürfnis. Eine Änderung wäre also sehr aufwändig und kompliziert. Er bittet die Motion zurückzuweisen.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion, erklärt sich bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Zur Frage des Endaufenthalts und der Taktverdichtung in den Wohngebieten könne er sich den Kritikern nicht anschliessen. Aber er ändert seinen Antrag wie folgt:

„Der Gemeinderat wird beauftragt, sich bei den zuständigen kantonalen Stellen schnellstmöglich für eine Fahrplanverdichtung einzusetzen.“

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, gibt bekannt, dass der Gemeinderat auch ein Postulat aus den aufgeführten Gründen ablehnen werde.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, sieht nicht ein, dass man die 33er-Linie bis Allschwil im 15-Minuten-Takt und ab Allschwil bis Schönenbuch nur im 30-Minuten-Takt bedienen solle. Dies sei wirklich zu aufwändig, da stimme er dem Gemeinderat zu. Er ist der Ansicht, dass man die Probezeit von 2 Jahren noch abwarten solle. Insofern ist er der Meinung, man solle abwarten und später darüber beschliessen.

**Dr. Ivo Corvini**, CVP-Fraktion, führt aus, dass ein Postulat lediglich verlange, das Begehren zu prüfen und zu berichten. Dieses Postulat habe es sicher verdient, überwiesen zu werden, damit der Gemeinderat die Angelegenheit genauer prüfen kann.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, schliesst sich den Ausführungen des Vorredners und des Postulanten an. Er befürwortet eine vertiefte Abklärung und Berichterstattung, weshalb er hofft, dass dieses Postulat überwiesen wird.

Abstimmung über das Postulat mit geändertem Wortlaut des letzten Satzes, wie folgt:

„Der Gemeinderat wird beauftragt, sich bei den zuständigen kantonalen Stellen schnellstmöglich für eine Fahrplanverdichtung einzusetzen.“

### **Geschäft 3665**

Die Dringliche Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, betreffend Verdichtung des Fahrplanes der Buslinie 33 wird durch den Motionär in ein Postulat umgewandelt und mit **30:3 Stimmen überwiesen**.

175      11.140      Gemeindeprojekte  
          11.130      Hochbau/Raumplanung; Öffentlichkeitsarbeit

**Dringliche Interpellation von J.J. Winter, A Bieri, A Bammatter, SP/EVP-Fraktion, betreffend Platzierung des Kindergartens Rankacker**  
**Geschäft 3667**

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, erbittet die Antworten auf die in der Interpellation gestellten Fragen. Weitere Ergänzungen hat er im Moment keine.

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, führt aus, dass zur Frage des Standortes des Kindergartenprovisoriums Kommunikationsfehler unterlaufen seien. Er erläutert, was passiert sei. Es gehe hier um den Kindergarten Rankacker an der Feldstrasse. Dies sei ein Pavillon. Dieser solle abgerissen werden und der Kindergarten werde dann in die Quartierplanung „Rankacker“ verlegt. Bauherr sei die Pensionskasse Basel-Landschaft, vertreten durch die Adimmo AG. Der Interpellant habe in seinem Votum zur Dringlichkeit die möglichen Alternativstandorte angesprochen. Darüber möchte Roman Meury zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber nicht diskutieren. Es sei nicht Aufgabe des Einwohnerrates die Alternativstandorte zu diskutieren. Es gehe hier nicht darum, Lösungen zu finden. Die Orientierung allfällig Beteiligter sei dann auch nicht mehr sichergestellt, wenn in solch grosser Runde diese Fragen behandelt würden. Man müsse bei konkreten Alternativen mit den entsprechenden Personen Kontakt aufnehmen. Das Geschäft werde abgewickelt mit den Hauptabteilungen Hochbau/Raumplanung und Bildung-Erziehung-Kultur. Es sei am Freitag, 13. April 2006 ein Baugesuch für ein Provisorium publiziert worden. Das Provisorium hätte auf dem Sportplatz „Rotgrund“ errichtet werden sollen. Es habe sich dann anlässlich eines Telefongesprächs mit dem Präsidenten des FC Allschwil am Karfreitag herausgestellt, dass der FC Allschwil nicht über das Baugesuch informiert gewesen sei. Er habe daher keine Möglichkeit gehabt, sich dazu zu äussern, ob und in welchem Umfang der FC Allschwil den Sportplatz benötige. Es sei um einen Teil des Sportplatzes in der Grössenordnung von ca. 15m Breite gegangen. Ein Gespräch mit Vertretern des FC Allschwil habe in der Tat nicht stattgefunden. Aber es seien Gespräche mit den Kindergartenleiterinnen geführt worden, um abzuklären, ob der Standort tauglich und gut wäre.

Er habe dem Präsidenten des FC Allschwil versichert, dass man das Baugesuch stoppen und Alternativen prüfen werde. Der stellvertretende Hauptabteilungsleiter habe dann in der Folge ein Gespräch mit dem Präsidenten des FC Allschwil geführt um abzuklären, inwiefern der Sportplatz „Rotgrund“ noch gebraucht werde. Auch er, Roman Meury, sei davon ausgegangen, dass man den „Rotgrund“ für Meisterschaftsspiele nicht mehr benötige und für Trainingseinheiten der verbleibende Platz ausreichen werde. Es ändere aber nichts daran, dass die Kommunikation nicht stattgefunden habe.

In der Folge habe man das Baugesuch gestoppt und den Präsidenten des FC darüber informiert. Die Firma Adimmo AG habe nach Gesprächen mit der Verwaltung das Baugesuch zurückgezogen. Alternativstandorte gebe es in Allschwil, der Standort müsse zwei Containern Platz bieten, die Infrastruktur müsse bereit gestellt werden können und die Kinder dürften keinen allzu langen aber sicheren Schulweg haben. Klar ist zum jetzigen Zeitpunkt aber, dass der „Rotgrund“ definitiv nicht mehr als Standort beansprucht werde. Zurzeit sei kein neues Baugesuch hängig.

Bei der Planung und Umsetzung würden die Beteiligten und Betroffenen gemäss der geltenden Regelungen einbezogen. Zum Teil würden auch Einzelgespräche geführt.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion, bedankt sich für die ausführliche Antwort des Departementsvorstehers. Er beantragt dennoch die Diskussion.

://: Die Diskussion wird grossmehrheitlich beschlossen.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion, bedankt sich für die Ausführungen. Er fragt nach, ob die Schulen auch an der Diskussion um den „Rotgrund“ beteiligt gewesen seien. Diese würden den Sportplatz ebenfalls benötigen. Weiter fragt er, ob die Kindergärten auch befragt worden seien.

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, antwortet, dass die Schulen den „Rotgrund“ nie als Ganzes bräuchten. Sie würden nur den Sportplatz nur in der Breite nicht

aber in der vollen Länge ausnützen. Von daher wäre es problemlos möglich gewesen, die Baracken dort aufzustellen. Betreffend Kindergärten verweist er nochmals auf sein vorheriges Votum. Man habe via Hauptabteilung Bildung-Erziehung-Kultur Kontakt mit den Kindergärten aufgenommen. Aus dieser Sicht wäre dies ein guter Standort gewesen. Zu den neuen Standorten könne er nur sagen, dass man im Quartier einen geeigneten Standort suche. Weiter ins Detail möchte er nicht gehen.

176

13.200

Umweltmassnahmen

**8. Postulat von Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, vom 15.02.2006  
betreffend Naturschutzkonzept**

**Geschäft 3649**

---

**Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion, erinnert daran, dass man im Jahre 1986 für Allschwil ein Naturschutzkonzept erstellt habe. Man habe darin Bestandesaufnahmen der Biodiversität in Allschwil erstellt und kurz-, mittel- und langfristige Massnahmen für den Erhalt dieser Biodiversität ausgearbeitet. Im Jahre 2003 habe sich Europa und mit ihr die Schweiz verpflichtet, den Biodiversitätsverlust bis zum Jahr 2010 zu stoppen. Kanton und Gemeinden seien hier in der Pflicht. Unter Biodiversität verstehe man die genetische Vielfalt, den Artenreichtum und die Mannigfaltigkeit der Lebensräume. Es sei wichtig den Rückgang der Biodiversität zu stoppen. Sie sei unsere wichtigste Ressource und Basis unserer Existenz. Sie beeinflusse die Fruchtbarkeit unserer Böden und der Nutzpflanzen, das Klima, den Wasserhaushalt und die Wasserqualität. Viele Medikamente würden aus Pflanzen- und Tiersubstanzen entwickelt. Ausserdem seien die Wirtschaft und der Tourismus auf eine abwechslungsreiche Natur angewiesen. Dank der genetischen Vielfalt sei die Züchtung von ertragreichen Pflanzen und Nutztieren möglich. Mit dem Postulat möchte er den Gemeinderat einladen, nach 20 Jahren Naturschutz den Erfolg zu messen und Bilanz zu ziehen. Ohne eine solche Bilanz werde die Gemeinde weiterhin blind Naturschutz betreiben, ohne ein Mass zu haben und ohne zu wissen, ob die eingeschlagene Stossrichtung die richtige sei.

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Robert Vogt**, nimmt namens des Gemeinderates Stellung: Der Gemeinderat habe vor vier Jahren bereits ein ähnliches Postulat beantwortet. Es sei heute eher so, dass man ein Inventar über die Artenvielfalt anlege. Der Antrag des Postulates würde zu einer relativ grossen personellen Belastung führen. Dieser Aufwand sei auf der Verwaltung nicht zu realisieren. Wenn es aber darum gehen solle, Massnahmen zum Schutz und der Förderung der Artenvielfalt umzusetzen, dann könne er doch einige Beispiele nennen, welche die Gemeinde aufgrund des genannten Naturschutzkonzeptes bereits umgesetzt habe. So sei der Allschwiler Wald mit seinen 220 ha unter Naturschutz gestellt worden. Es gebe ein geologisches Denkmal, welches gleichzeitig ein Amphibienschutzgebiet sei. Auch in der Naturschutzzone Mühlibachtal und im Ziegelei-Areal werde dem Artenschutz grosse Beachtung geschenkt und Lebensräume eingerichtet und geschützt. Der Siedlungsplan sei in Revision. Die Revision des Zonenplanes Landschaft habe der Gemeinderat in Planung. Die Offerte eines externen Büros läge bereits vor. Ursprünglich sei die Revision noch im 2006 geplant gewesen. Allerdings verschiebe sich die Umsetzung aus organisatorischen Gründen. Im Rahmen der Revision Zonenplan Landschaft werde man eine Bestandesaufnahme machen. Da es beim Naturschutz vor allem auch um die Vernetzung von Lebensräumen gehe, mache er folgenden Vorschlag: Die Naturschutzkommission werde in die Revisionsarbeiten der Zonenplanung Landschaft aktiv miteinbezogen, insbesondere mit der Prüfung des Naturschutzkonzeptes aus dem Jahr 1985. Der Aspekt der Vernetzung sollte dabei besonders beachtet werden. Damit könnten auch die Anliegen des Postulanten berücksichtigt werden. Aus diesen Gründen könne man das Postulat auch zurückweisen.

**Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion, sieht im Vorschlag des Gemeinderates gute und weniger gute Ansätze. Gerade die Ablehnung des Postulates hält er für nicht gut. Er begrüsst, dass die Naturschutzkommission bei der Zonenplanrevision beratend beigezogen werden solle. Trotz allem will er an seinem Postulat festhalten. Richtigstellen möchte er, dass zwar der Wald unter

Naturschutz gestellt worden sei, dies sei aber keine aktive Tat der Gemeinde Allschwil gewesen. Er erwartet, dass die Gemeinde Allschwil auch mal eine Eigeninitiative zeige. Der Wald aber sei auf Druck vom Kanton unter Naturschutz gestellt worden. Das Mühlbachtäli sei als Ersatz für den zerstörten Naturraum Ziegelei konzipiert. Dies sei schon gut, aber die Gemeinde Allschwil müsse für den Rückgang der Biodiversität selber aktiv werden, hier genüge es nicht, lediglich Ersatzräume für zerstörten Naturraum zu schaffen.

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion, hält die Idee von Lucius Cueni für sehr gut. Alle paar Jahre würden Strategiepläne und Finanzpläne aufgestellt, das Naturschutzkonzept sei aber schon 20 Jahre alt. Man wisse mittlerweile, dass der Allschwiler Wald überlastet sei. Die Daten des alten Konzepts seien auch schon überholt. Daher wäre es an der Zeit ein neues Konzept zu erstellen.

**Peter von Arx**, SVP-Fraktion, unterstützt das Anliegen des Postulanten. Man solle zur Natur Sorge geben und den Naturschutz fördern. Eine Überlastung des Allschwiler Waldes sei klar gegeben. Man müsse jetzt eine Bestandesaufnahme machen und anschliessend die entsprechenden Massnahmen treffen.

**Thomas Pfaff**, SP/EVP-Fraktion, ist der Ansicht, dass man genaue Daten erheben müsse, um zu wissen, ob das Naturschutzkonzept von 1985 etwas bewirkt habe, welche Massnahmen gegriffen hätten und welche man allenfalls korrigieren müsse. Nach 20 Jahren sei es überfällig, eine Bestandesaufnahme zu machen, um adäquat reagieren zu können.

**Mathilde Oppliger**, CVP-Fraktion, ist namens ihrer Fraktion der Ansicht, dass die Beantwortung der vielen detaillierten Fragestellungen und notwendigen Abklärungen eine grössere Studie benötigen würden. Diese Studie würde aber auch erhebliche Kosten verursachen und letztlich nur Zahlenmaterial liefern. Damit wäre dem Naturschutz immer noch nicht wirksam geholfen. Man habe jetzt ja die Renaturierung des Mühlbachtals vorgesehen, der Wald werde unter Schutz gestellt, Hochstammfruchtbäume würden unter Schutz gestellt, etc. Man mache einiges für die Natur. Deshalb lehne die CVP-Fraktion das Postulat ab.

**Peter Hauser**, SVP-Fraktion, erinnert daran, dass der Allschwiler Wald im März 2003 in das Inventar der geschützten Naturobjekte des Kantons Basel-Landschaft aufgenommen worden. Es ist ein Objekt von regionaler Bedeutung. Der Druck auf den Wald werde immer grösser. Die Bevölkerung habe sicher ein Interesse daran, zu wissen, wie es dem Wald gehe. Es gehe hier auch um die Probleme des Vandalismus, des Abfalls etc. Wenn man darüber Informationen habe, könne der Einwohnerrat reagieren. Darum sei seine Fraktion für Überweisung des Postulates.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion, unterstützt ebenfalls das Postulat. Es gehe darum, Daten zu erheben und Zusammenhänge zu erfahren um letztlich ein schlüssiges Konzept aufzustellen und nicht nur punktuelle Massnahmen vorzunehmen.

**Peter Humbel**, SP/EVP-Fraktion, ist der Überzeugung, dass Lucius Cueni und Thomas Pfaff die Absicht des Postulates sehr gut dargelegt haben. Er könne daher die Reaktion der CVP-Fraktion nicht verstehen. Es sei doch überall so, dass man sich zuerst ein Ziel setze und zu einem späteren Zeitpunkt eine Erfolgskontrolle vornehme. Das Ziel müsse messbar sein. Wenn man erst nach 20 Jahren das Ziel messen wolle, sei dies zwar aufwendig, aber die Kostendrohung könne doch dieses Anliegen nicht entkräften. Ein Postulat gebe dem Gemeinderat doch alle Freiheiten, das Problem auf seine Art zu lösen. Teilweise vielleicht mit einer Studie, ein Teil unter Einbindung der Naturschutzkommission. Das Vorgehen solle man dem Gemeinderat überlassen. Man müsse jetzt eine Standortbestimmung machen, sonst könne man das Konzept von 1985 ganz ignorieren. Irgendwann müsse man doch prüfen, ob das Konzept gegriffen habe.

**Jürg Vogt**, FDP-Fraktion, hält als Landwirt eigentlich nicht sehr viel von Studien. Er glaube jedoch, dass es in diesem Fall wirklich eine Bestandesaufnahme brauche. Man müsse prüfen

können, ob die Bemühungen um den Naturschutz etwas gebracht haben. In den letzten Jahren habe es national eine gute Entwicklung im Naturschutz gegeben. Für die Zukunft benötige man aber dafür auch wieder viel Geld. Aber um solche Ausgaben zu begründen, bedürfe es einer solchen Studie.

ABSTIMMUNG:

://:

**Geschäft 3649**

Das Postulat von Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, vom 15.02.2006, betreffend Naturschutzkonzept wird **mit grosser Mehrheit überwiesen**.

**Christoph Morat**, 1. Vizepräsident, bedankt sich beim Plenum für die Geduld. Er habe sehr kurzfristig erfahren, dass er die Sitzung leiten müsse. Er habe nur wenig Zeit gehabt, sich vorzubereiten. Über die Durchführung der Mai-Sitzung werde am kommenden Freitag anlässlich der Büro-Sitzung beraten. Die Information an die Einwohnerratsmitglieder erfolge dann umgehend.

Schluss der Sitzung: 21.00 Uhr